

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 4

Artikel: Die Meinungsvielfalt muss respektiert werden : Stimmfreigabe als Parolenverweigerung
Autor: Vollmer, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340730>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dem 1. Weltkrieg, vor dem 2. Weltkrieg, bei konkreten Rüstungsvorlagen im Parlament usw. Heute kommt der Druck zur Auseinandersetzung mit der Armee von «aussern». Die Frage – Armee ja oder nein – ist in dieser Radikalität real nicht gestellt. Es besteht also weder für Gegner noch für Befürworter der militärischen Landesverteidigung in der SP ein Rechtfertigungzwang. Dies ist nicht eine SP-Initiative, aber auch nicht die Armee nach den Vorstellungen der SP. Die SP hat eine «Grossmachtarmee im

Taschenformat» immer abgelehnt.

Die Diskussion über die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» wird dazu benutzt, die SP in «gute» und «böse» Sozialdemokraten aufzuteilen. Die Partei sollte sich an diesem Spiel nicht beteiligen.

Beide Standpunkte – Ja und Nein – haben achtenswerte Motive, die sich zudem in der Parteigeschichte und mit der Berufung auf bedeutende Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung begründen lassen. Weder eine Ja- noch

eine Nein-Parole würde der historischen Tradition der Sozialdemokratie gerecht.

Dass es in der Partei – seit jeher – unterschiedliche, gegensätzliche, widersprüchliche Positionen zur Schweizer Armee gibt, ist keine Schwäche, sondern eine Stärke der SP. Stimmfreigabe bei der Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik» ist ein sichtbarer Ausdruck dieser Stärke, ein Zeichen politischer Ehrlichkeit und im Einklang mit der Geschichte der Partei.

Die Meinungsvielfalt muss respektiert werden

Stimmfreigabe als Parolenverweigerung

Von Peter Vollmer

Die SP muss armeekritisch bleiben. Das ist eine über alle verschiedenen Positionen innerhalb der Partei feststellbare gemeinsame Überzeugung.

Der Kampf für die Einführung eines zivilen Ersatzdienstes, für eine aktivere – nichtmilitärische – Friedenspolitik, für die Schaffung eines Friedens- und Konfliktforschungsinstitutes, für die Begrenzung der Rüstungsausgaben, für die Einführung einer Referendumsmöglichkeit bei grossen Rüstungsvorhaben, für die Abschaffung der Militärjustiz in Friedenszeiten, für demokratischere Strukturen der Militärorganisation, gegen einen obligatorischen Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung und gegen eine innenpolitische Einsatzmöglichkeit der Armee und weitere immer wieder vertretene Positionen gehören sozusagen zum unbestrittenen Bestand in der Tradition der armeekritischen SP-Haltung.

Niemand zweifelt auch daran, dass wir den Kampf um diese Positionen in den nächsten Jahren wieder verstärkt werden führen

müssen. Umstritten in der Beurteilung waren hingegen immer die Einschätzungen, wie weit und ob die Armee überhaupt unserem Land noch die Selbstbestimmung zu sichern vermag, und nicht zuletzt die gesellschafts- und innenpolitischen Wirkungen militärischer Organisationen.

Trotz aller Kontroversen, anerkannten Minderheitenpositionen und wechselnden Einschätzungen war es immer unbestritten, zur Armeefrage auch im Grundsatz Stellung zu nehmen. Auch im geltenden Parteiprogramm von Lugano 1982 wird die militärische Landesverteidigung im Prinzip gutgeheissen. Eine Nichtaussage zur Grundfrage einer Landesverteidigung stand in keiner Zeit zur Diskussion, wohl nicht nur weil sonst die armeekritischen Positionen nur mehr schwerlich glaubwürdig zu vertreten wären, sondern auch bedingt durch die Tatsache, dass die Armee einen beträchtlichen Teil des Finanzaushaltes bindet und das politische wie soziale Leben ganz wesentlich beeinflusst.

Die Herausforderung der Initiative

Der Inhalt der Initiativforderung ist vor dem Hintergrund einer bezüglich der Umsetzung wenig erfolgreichen «Reformpolitik» und einer sich im Umbruch befindenden Bedrohungslage zwar nicht unverständlich, doch birgt gerade die Radikalität der auf die Existenzberechtigung an sich konzentrierten Fragestellung die grosse Gefahr in sich, die politische Kultur der demokratischen Auseinandersetzung vollständig zu überfordern. Insbesondere die mit den historischen Erfahrungen auch emotional verwurzelten Bindungen – insbesondere der Aktivdienstgeneration – lassen sich nicht einfach Knall auf Fall umstossen oder negieren. Das mögliche Ziel einer Armeeschaffung kann darum, mit einem ungeeigneten Instrument angegangen, sogar weiter entrücken! Es braucht gerade in der Sicherheits- und Friedenspolitik neben konkreten und glaubürdigen politischen Aktionen einen sehr wohlüberlegten und subtilen

Aufklärungsprozess über die sich im Wandel befindlichen Bedrohungslagen der nationalen Selbstbestimmung bzw. der menschlichen Existenz überhaupt. Die in den verschiedenen friedenspolitischen und vertrauensfördernden Bemühungen im internationalen und bilateralen Ost-West-Kontext gewonnene Erkenntnis, dass Sicherheit grundsätzlich nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander geschaffen werden kann, zwingt auch uns zur Entwicklung neuer, friedensfähigerer Sicherheitspolitiken.

Die Armee ist halt doch eine heilige Kuh!

Dem politischen Bemühen der SPS, ihre differenzierte armeekritische Rolle – wie sie im sicherheitspolitischen Leitbild von 1972 und im Parteiprogramm von 1982 zum Ausdruck kommt – auch wirklich wahrzunehmen, ist im Umfeld der in der Öffentlichkeit angelaufenen Diskussion um die Armee-Abschaffungsini-

tiative eher erschwert. Bereits lange Zeit vor der Volksabstimmung wird von den EMD- und Rüstungslobbyisten sowie von den daran interessierten bürgerlichen Parteien und militärischen Organisationen eine beispiellose und millionenschwere Kampagne inszeniert, um das Abstimmungsergebnis dann als Plebisitz gegen jegliche Armeekritik zu missbrauchen. Zweifellos wird in diesem Umfeld die differenzierte SPS-Position in der Öffentlichkeit sich nur schwer Gehör verschaffen können. Die Gefahr, uns sozusagen gegen unseren Willen den Argumenten der Initiativgegner oder allenfalls der Befürworter unterzuordnen, ist nicht von der Hand zu weisen. Bereits die ersten äusserst heftigen Reaktionen verschiedener bürgerlicher Kreise – beispielsweise mit der Verknüpfung der «Bundesratsfähigkeit» der SPS – zeigen die massiv zunehmende Tabuisierung der Armeefrage. Die heilige Kuh feiert im Vorfeld der Abstimmung sozusagen Urständ.

Parolenverweigerung als Antwort!

Das in der SPS entstandene Unbehagen, sich angesichts der durch die Bürgerlichen ausgelösten Diskussionen – geprägt von der Unfähigkeit zur differenzierteren und sachlichen Auseinandersetzung – in das eine oder andere «Lager» zu begeben, kann am glaubwürdigsten mit einer Stimmfreigabe als Parolenverweigerung begegnet werden. Damit kann auch zum Ausdruck gebracht werden, dass die SPS einerseits keine grundsätzliche Abkehr von ihrer noch weiter zu entwickelnden Sicherheits- und Friedenspolitik anstrebt, andererseits aber auch die Meinungsvielfalt respektieren will. Im Gegensatz zu einer nur taktischen Parole «Stimmfreigabe» als Ausdruck einer Pattsituation, ist die Stimmfreigabe als Parolenverweigerung auch eine politische Antwort auf das peinliche Klima und die Diskussionsunfähigkeit des durch die bürgerlichen Attacken geprägten Umfeldes.

Der Zivildienst für Militärdienstverweigerer in der Schweiz

Seit dem Jahre 1903 verschoben

Von Hansjörg Braunschweig

Eigentlich hätte der Nationalrat am letzten Tag der Frühjahrssession die Zivildienstvorlage nach den Vorschlägen des Oberauditors der Armee, Brigadier Barras, beraten sollen. Zu Beginn der 3. Woche verschoben die Fraktionspräsidenten die Behandlung auf die Juni-Session, die durch den Geschäftsbericht ohnehin überlassen ist. Das ist weder Zufall noch Ausnahme: Ungeliebte Themen, häufig Minderheitsprobleme, werden immer wieder vertagt. Asylprobleme und der Bericht des Bundesrates zur Friedens- und Sicherheitspolitik erlitten

dasselbe «Lange-Bank-Schicksal»! Daran kann jedefrau und jedermann ermessen, wie ernst es dem Parlament mit Frieden, Flüchtlingen und Militärdienstverweigerern ist. (Militärische und Landwirtschafts-Vorlagen werden kaum je verschoben.) Die Befürworter eines Zivildienstes für Militärdienstverweigerer warten seit 1903 auf eine freiheitliche und schweizerische Lösung ohne Gefängnis, ohne Verurteilung durch die Militärjustiz und ohne unwürdige Gewissensprüfung. Schon 1917 reichte kein Geringerer als Hermann Greulich einen

parlamentarischen Vorstoss ein, der damals vom Bundesrat nur ganz knapp verworfen worden ist! Seit 72 Jahren mehr Rückschritt als Toleranz und Vernunft! Gerade in den letzten Monaten ist die hartnäckige Opposition unserer Behörden, militärischer Kreise und einer entsprechend beeinflussten Mehrheit des Volkes besonders peinlich geworden: Während kommunistisch regierte Staaten wie die DDR, wie Polen und Ungarn mindestens Teillösungen kennen oder vorbereiten, stecken wir weiterhin jedes Jahr Hunderte von jungen, meist